



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Martin Böhm, Rene Dierkes, Dieter Arnold, Christoph Maier** und
Fraktion (AfD)

**Haushaltsplan 2026/2027;
hier: Ausgaben des Büros des Freistaates Bayern in Kiew
(Kap. 02 03 Tit. 541 53)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 02 03 wird der Ansatz im Tit. 541 53 (Ausgaben des Büros des Freistaates Bayern in Kiew) für das Jahr 2026 von 274,4 Tsd. Euro um 154,4 Tsd. Euro auf 120,0 Tsd. Euro gekürzt.

In Kap. 02 03 wird der Ansatz im Tit. 541 53 (Ausgaben des Büros des Freistaates Bayern in Kiew) für das Jahr 2027 von 274,4 Tsd. Euro um 154,4 Tsd. Euro auf 120,0 Tsd. Euro gekürzt.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Der maßlose Anstieg von einem Ist im Jahr 2024 in Höhe von 112,7 Tsd. Euro auf ein Soll für das Jahr 2025 in Höhe von 300,0 Tsd. Euro ist weder begründet noch nachvollziehbar. Der Ansatz für die kommenden Jahre bleibt nur wenig dahinter zurück. Wie Informationen der Staatskanzlei zu entnehmen ist, legt das Büro in Kiew seit Kriegsbeginn seinen Fokus auf den Wiederaufbau und die humanitäre Hilfe. Weshalb sich der Freistaat in Gebiete drängt, die – wenn überhaupt – originäre Bundesangelegenheiten sind, ist nicht ersichtlich. Auf Initiative des Büros in Kiew fanden „mehrfach Reisen ukrainischer Kinder nach Bayern statt. Während ihres Aufenthaltes hatten die Kinder die Möglichkeit, kulturelle Sehenswürdigkeiten zu besuchen und politische und soziale Institutionen des Freistaates Bayern kennenzulernen.“ Wo bei solchen Initiativen das bayerische Interesse liegen soll, bleibt offen. Die Aufgaben des Büros und damit auch die finanzielle Ausstattung sind auf die ursprüngliche Intention – die Stärkung der Wirtschaftsbeziehungen – zurückzuführen.